

Uwe Altrock

Zwischen Schmelztiegel und Parallelgesellschaften

**Vortrag auf der Tagung „Schaffen wir das?“ der Evangelischen Akademie Hofgeismar
am 10.12.2016**

1. Ausgangslage

Liebe Frau Lux, lieber Herr Broese, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass ich heute Abend hier sein kann und bedanke mich für die Einladung, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich stehe hier vor Ihnen am 10. Dezember 2016, dem Tag der Menschenrechte, den wir heute anlässlich des 68. Jahrestags der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen 1948 begehen. Dieses Datum wurde sicher nicht zufällig für unsere Tagung gewählt, hat sie doch so viel mit der Frage nach der Universalität der Menschen- und Bürgerrechte zu tun, und ich möchte heute Abend auch die Gelegenheit ergreifen, insbesondere auf deren Bedeutung im Rahmen unseres Grundgesetzes einzugehen, einer Verfassung, die sich die deutsche Bundesrepublik ein Jahr danach nicht ohne Grund im selben Geist und vor dem Hintergrund der Schrecken des Zweiten Weltkriegs gegeben hat. Doch dazu später mehr.

Schaffen wir das? Dieses Motto der Tagung scheint mir inzwischen schon zum Leitmotiv oder gar zum Fanal für etwas geworden zu sein, das weit über die Flüchtlingskrise hinausreicht. Längst diskutieren wir fast weltweit über Populismus und Rechtsnationalismus, und „postfaktisch“ ist gerade eben von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gekürt worden. Nicht unbedingt immer wegen, aber doch stimuliert durch die Flüchtlingskrise, sicher aber durch die grausamen Bilder, die uns der IS frei Haus in unsere Wohnzimmer geliefert hat. Einem Schrecken, der zwar am stärksten in der arabisch-islamischen Welt selbst wütet, aber inzwischen in jedem Konzerthaus und ICE zu lauern scheint. Und gegen die Angst vor Barbarei, die jeden treffen könnte, hilft offenbar keinerlei Versuch einer Rationalisierungsstrategie, kein Hinweis darauf, dass die Gefahr, in Deutschland vom Auto überfahren zu werden, weit höher liegt als die, einem Terroranschlag zum Opfer zu fallen, kein Hinweis darauf, dass die Anzahl der Toten durch weltweiten Terror in früheren Zeiten viel höher lag als heute, kein Hinweis darauf, dass die Tötung von Zivilisten in Bürgerkriegen von Ruanda bis Syrien weit drastischer ist als alles, worüber wir uns hier die Köpfe heiß reden. Dass viele dieser Toten heute als Kollateralschäden einer mindestens nicht zu Ende gedachten Interventionspolitik des so genannten Westens gelten können, die dessen Reputation im globalen Süden sicher nicht verbessern helfen. Und kein Hinweis darauf, dass der Anteil der Zuwanderer, die dem Terrorismus anheim fallen, außerordentlich gering ist, so gering, dass es jedenfalls lohnt, weiterhin einen kühlen Kopf zu bewahren und unsere wertvollen Freiheits- und Bürgerrechte nicht auf dem Altar einer symbolischen Politik zu opfern.

Vor diesem Hintergrund scheint der derzeitige öffentliche Diskurs um die Flüchtlingskrise zu einem Testfall zu werden, der Orientierung geben und zum Bekenntnis zwingen soll – mit wem hältst Du es, meinst Du nicht auch, dass „die da oben“ an uns vorbei regieren, sieht man doch, total am Volk vorbei, was die da machen, Merkel muss weg und so weiter. Dass eine überwiegende Mehrzahl der Deutschen hinter deren Politik stand und bis heute großes Verständnis für das Schicksal der von Bürgerkrieg Gebeutelten dieser Erde hat, dass die Perspektivlosigkeit der auf halbe Ration gesetzten Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens letztes Jahr die gerne bemühte Formel, Flüchtlinge sollten in der Nähe ihrer Heimat

unterkommen, vollständig diskreditiert hat, und natürlich, dass der Krieg in Syrien schlimmste Auswirkungen auf die dort verbliebene Zivilbevölkerung hat, das scheint dabei in den Hintergrund zu geraten.

Das Feuer, das die Hitzigkeit der öffentlichen Debatte, für die vor allen Anderen Donald Trump steht, ständig neu anfacht, ist zu lesen als verzweifelter Aufbegehren von Menschen, die in ihrer Identität irritiert sind, teilweise Verlierer der Globalisierung und sicher Frustrierte, die nicht mehr länger mit ansehen möchten, wie sich wenige Jahre nach der Finanzkrise schon wieder eine kleine Elite bereichert, während sie für ihre ehrliche Arbeit keinen menschenwürdigen Verdienst mehr erhalten sollen. Mögen sie nun recht haben oder nicht – Anlässe für ihre Wut lassen sich immer wieder reichlich finden.

Was wir dabei festhalten können, ist die Beobachtung, wie gespalten unsere Gesellschaften offenbar sind, in Jung und Alt, aber vor allem auch in Stadt und Land. Dies machen die Daten aus fast allen Ländern deutlich, in denen derzeit rechtspopulistische Strömungen zu gewärtigen sind. Das Wort von den „Flyover States“, die, im Herzen der USA gelegen, Donald Trump – und vor ihm beispielsweise auch George W. Bush - am stärksten gestützt zu haben scheinen, deutet besonders augenfällig darauf hin, wie stark sich doch die küstennahen Finanzzentren und Brutstätten der Wissensgesellschaft von den ländlichen, altindustriellen Staaten des Bibelgürtels im Mittleren Westen unterscheiden. Ähnlich drastisch stellt sich auch das Bild in Österreich da, wo der freiheitliche Präsidentschaftskandidat Hofer im ersten Wahlgang in fast allen Regionen außer den großen Städten, allen voran Wien, vorne lag – in der Nachwahl hat sich dieses Bild auf dem Land allerdings etwas verschoben.

Diese Polarisierung hat erhebliche Konsequenzen nicht nur für die politische Kultur, sondern auch für den Umgang mit der Flüchtlingskrise. Gemeinhin wird immer wieder gefordert, Flüchtlinge sollten vorzugsweise in ländlich-peripheren Regionen angesiedelt werden, wo aufgrund der wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen eher preiswerte leerstehende Immobilien für sie hergerichtet oder sie einfach in Wohnungen untergebracht werden könnten, anstatt die ohnehin angespannten Wohnungsmärkte der Metropolen zusätzlich zu belasten. Diese Forderung stößt allerdings im Detail immer wieder auf das teils vehement geäußerte Unverständnis der Betroffenen vor Ort, denen die Ansiedlung von Flüchtlingen keineswegs als möglicher Stimulus für die wenig dynamische regionale Wirtschaft, sondern vielmehr als Belastung für das Gemeinwesen und als Gefahr für die kulturelle Identität erscheint. Es kann dahingestellt bleiben, wie viel von dem teils drastischen und gewaltsamen Widerstand, der sich immer wieder gegen Flüchtlingsunterkünfte entlädt, auf wenige Rechtsradikale zurückgeht und wie sehr die politische Debatte über Gebühr angeheizt wird – der Stimmungsumschwung in der Gesellschaft war in den letzten Monaten und ist bis heute nicht nur eindeutig und für so manche politische Mehrheit einschließlich derjenigen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung bedrohlich. Vielmehr gibt er Anlass für eine extreme Verrohung des öffentlichen Diskurses, der sich insbesondere in den sozialen Medien entlädt und mit einer Infragestellung der Spielregeln der gesellschaftlichen Auseinandersetzung einhergeht, die inzwischen – Trump und Erdoğan lassen grüßen – Vorboten einer brutalen und weit reichenden Ausschaltung politisch Andersdenkender darstellen. Bei allem Verständnis für die Sorgen der Menschen sollten wir uns immer wieder klar machen, was durch die erwähnte Verrohung des öffentlichen Diskurses und die Infragestellung von Spielregeln der Demokratie auf dem Spiel steht. Auch wenn in Deutschland die Situation noch weit davon entfernt ist, wird längst vor einem Scheitern friedenssichernder Institutionen wie der EU gewarnt, wenn im nächsten Jahr weiterhin rechtspopulistische Kräfte in unseren Nachbarländern an die Macht kommen sollten.

2. Der räumliche Bezug von Integration

Fragen wir uns, welchen räumlichen Bezug der Umgang mit der Flüchtlingskrise hat, dann fallen zwei Widersprüche auf, die ich als den metropolitanen und den peripheren bezeichnen möchte. Beide haben sie mit den gesellschaftlichen Möglichkeiten im Umgang mit Flüchtlingen zu tun.

Schauen wir also zunächst auf die Situation in den Metropolen. Dort begegnen wir derzeit im Zuge einer Renaissance des Städtischen, bisweilen auch als „Reurbanisierung“ (Brake/Herfert 2012) bezeichnet, einer steigenden Beliebtheit des urbanen Wohnens und Lebens. Sie führt allerorten zu steigenden Immobilienpreisen, vor allem in Städten wie München, Hamburg, Berlin oder Köln. Vor einigen Jahren waren die derzeit dort verlangten Angebotsmieten unvorstellbar. Sie liegen inzwischen vielfach bei über 10 Euro pro Quadratmeter und Monat. Dies tut der Beliebtheit der städtischen Zentren bislang keinen Abbruch. Trotz intensiver Bemühungen um den Neubau preiswerter Wohnungen ist es bislang noch nirgendwo gelungen, die Preisspirale zu durchbrechen, und angesichts der bereits sehr hohen Dichten und des intensiven Widerstands gegen beinahe jedes Neubauprojekt ist auch kaum zu erwarten, dass sich die Situation in den nächsten Jahren einfach entschärfen lassen wird.

Die beschriebenen Metropolen und Großstädte verfügen fast immer über eine deutliche Differenzierung ihrer Wohnlagen bis hin zur Existenz von Quartieren mit scharfer sozialer Benachteiligung, und – bis auf die in Ostdeutschland gelegenen beliebten Großstädte wie Leipzig, Dresden, Erfurt und Jena - auch über angestammte Migrantenviertel. Häufig sind die Quartiere mit einer hohen Konzentration von Migranten auch insgesamt die sozial benachteiligten. Teilweise haben sich dort bereits seit Jahrzehnten Merkmale von sozialräumlicher Benachteiligung verfestigt, und auch hartnäckige Anstrengungen der Stadtentwicklung haben diese bis heute nicht entschärfen können. Wesentliche Ergebnisse öffentlicher Programme, die in diesen Quartieren angesetzt haben, sind eine Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen und der sozialen Unterstützungsnetzwerke. Dabei handelt es sich um durchaus beachtliche positive Entwicklungen, die allerdings keineswegs überall zu einer Stabilisierung geführt haben. Bereits mit der Armutszuwanderung aus Südosteuropa im Zuge der EU-Osterweiterung sind manche der genannten Quartiere wie etwa Duisburg-Marxloh oder die Dortmunder Nordstadt erneut ins Blickfeld der Medien geraten und mitunter einer weiteren Welle öffentlicher Stigmatisierung als Horte von Kleinkriminalität, Vernachlässigung und Hoffnungslosigkeit ausgesetzt gewesen. Inzwischen ist beobachtbar, dass die zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft sich auch wieder räumlich niederschlägt. Zu den bekannten Phänomenen der sozialräumlichen Polarisierung ist in letzter Zeit angesichts des großen Erfolgs vieler innenstadtnaher Altbauquartiere eine scharfe Benachteiligung nur einzelner, ungünstig gelegener und hoch stigmatisierter innerstädtischer Quartiere und vor allem peripherer Großwohnsiedlungen gekommen. Dort sammeln sich Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Sozialprestige und geringem sozialem Kapital.

Ein Hoffnungsschimmer in der Stadtentwicklungsdiskussion der letzten Jahre ist die Tatsache, dass sie zunehmend im Sinn von Douglas Saunders (2011) als „Ankunftsquartiere“ begriffen werden, für die es nicht darauf ankommt, durch aufwendige Sanierungsmaßnahmen zum durchschnittlichen Niveau in der Stadt aufzuholen. Vielmehr wird im Grundsatz akzeptiert, dass sich in ihnen bei dauerhaft unterdurchschnittlichem Standard preisgünstiger als anderswo leben lässt und die Chancen für Zuwanderer in die

Stadt auch deshalb hier hoch sind, weil sie in solchen Quartieren auf Gleichgesinnte und deren spezifische Angebote stoßen.

Doch Stadtteile wie Neukölln in Berlin zeigen, dass diese Chancen angesichts der exorbitant gestiegenen Mieten teilweise für diejenigen verfliegen, die sich nur unzureichend durch Verkleinerung ihres Wohnflächenkonsums und Rückgriff auf andere Ressourcen wie die der Familie (Studenten), eigener Immobilien an anderen Standorten (internationale Künstler) oder hoher Einkommen (wohlhabende Urbaniten) an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen können. Einerseits ist also zu beobachten, dass zunehmend Ankunftsquartiere durch Aufwertungstendenzen von wohlhabenderen Bewohnern überformt werden und die verbliebenen ärmeren Bewohner immer höhere Teile ihres verfügbaren Einkommens für Mieten ausgeben müssen. Andererseits werden die verbliebenen Ankunftsquartiere in besonderer Weise von der Stadtpolitik für eine Konzentration sozial benachteiligter Gruppen wie etwa von Flüchtlingen herangezogen. Hieraus folgt eine teilweise erhebliche sozialräumliche Ungerechtigkeit. Dies bezeichne ich als metropolitanen Widerspruch: In der Vergangenheit war die europäische Stadt vielfach durch ein vergleichsweise hohes Maß an sozialem Zusammenhalt und durch einen doch eher niedrigen Grad von Ausgrenzung geprägt. Die Entwicklungen der letzten Jahre mit ihrer gestiegenen Beliebtheit innerstädtischer Quartiere verbunden mit einem immer größeren Grad an zivilgesellschaftlicher Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsverfahren haben jedoch dazu geführt, dass Stadtbewohner sich immer stärker für die Verteidigung ihrer Rechte einsetzen und – obwohl sie eigentlich bewusst urbane Vielfalt suchen, wenn sie in die großen Städte ziehen – dabei Störungen ihres Lebensstils tendenziell weniger akzeptieren. Dies hat schon vor Jahren mit Klagen gegen Kita-Lärm in der Nachbarschaft begonnen, der den Wert der eigenen Immobilie zu mindern droht, und wiederholt sich nun in der Flüchtlingskrise. Ablehnende Stimmen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in der Nachbarschaft gibt es trotz allgemeiner Solidarität mit der Aufnahmepolitik der derzeitigen Bundesregierung vielerorts, und dieser Ausdruck des St.-Florians-Prinzips lässt sich besser dort durchsetzen, wo man über die finanziellen Mittel zur Beauftragung von Anwälten verfügt oder diese gar unter den gleich gesinnten Nachbarn hat. Im Ergebnis zeigt sich, wie beispielsweise Roman Pletter (2016) in einem ausführlichen Artikel in der ZEIT nachgewiesen hat, dass Flüchtlingsunterkünfte vielfach eher in ohnehin sozial benachteiligten Quartieren untergebracht werden, obwohl anderswo möglicherweise die Verfügbarkeit von Flächen besser ist und ohnehin die vermeintliche Bildung von Parallelgesellschaften in Migrantenquartieren aufgrund mangelnder sozialer Mischung immer wieder kritisiert wird. Und obwohl sie eigentlich möglichst schnell aus den inhumanen Massenunterkünften herauskommen sollten, wenn ihre Teilhabe in der Gesellschaft bis hin zu einer möglichen Integration gelingen soll, werden sie also nicht nur durch arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen erheblich daran gehindert, sondern in beträchtlicher Weise auch durch die Wohnverhältnisse. Die geringen Spielräume, die die großen Städte aufgrund der angespannten Wohnungsmärkte für Alternativen haben, tun dabei ein Übriges. Dem metropolitanen steht ein peripherer Widerspruch gegenüber. Er besteht darin, dass in der Peripherie eigentlich preiswerte Wohnungen vorhanden sind, durch Zuwanderer sowohl Leerstandsprobleme gelöst als auch Angebote der Daseinsvorsorge besser ausgelastet werden könnten und überdies eine hohe Wohnzufriedenheit sowie ein auf persönliches Begegnungen setzendes Zusammenleben mit rühriger Zivilgesellschaft und häufig noch vielfältigem Vereinsleben herrscht und damit in vielerlei Hinsicht günstige Voraussetzungen für eine Integration von Zuwanderern bestehen. Diese Voraussetzungen kommen allerdings wegen tendenziell geringen Möglichkeiten der Zuwanderer, Anschluss bei ihren Landsleuten

und eine Arbeitsgelegenheit zu finden, der vermuteten oder tatsächlichen feindseligen Haltung Fremden gegenüber und hoher sozialer Kontrolle nur sehr unzureichend zum Tragen. Aufschlussreich ist dabei auch der immer noch vergleichsweise hohe Anteil des sekundären Wirtschaftssektors, der Arbeitsgelegenheiten ohne höhere Qualifikation im verarbeitenden Gewerbe oder Handwerk vorstellbar macht, aber dafür weniger günstige Voraussetzungen zur Gründung von Kleinunternehmen und eine eingeschränkte Unterstützungsinfrastruktur bietet. Der periphere Widerspruch schlägt sich in einem immer wieder in den Medien vorgebrachten Ruf nach „Flüchtlingen auf die Dörfer“ (vgl. etwa Bittner 2016, Novak 2015) nieder, denen Übergriffe auf Flüchtlingsheime und Kritik oder Feindseligkeit bereits bei der Diskussion über die Einrichtung kleinerer Flüchtlingsunterkünfte gegenüberstehen.

3. Das Konzept und die gesellschaftspolitischen Herausforderungen von Integration

Ich möchte nun konkreter auf einige Grundfragen der aktuellen Flüchtlingsdebatte eingehen. Die Herausforderungen der Integration von Zuwanderern sind in diesem Kreis hinlänglich bekannt. An dieser Stelle möchte ich daher lediglich einige kurze Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen machen, die den Stellenwert verschiedener gesellschaftspolitischer Facetten belegen. Insbesondere sind hier die Eckpunkte des Integrationsgesetzes vom Sommer 2016 zu nennen. Es trifft einige Vorkehrungen für eine einfachere Aufnahme von Arbeit oder Ausbildung und stellt zahlreiche Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung. Auf der anderen Seite verknüpft es diese explizit unter der Formel „Fördern und Fordern“ mit Einschränkungen der Freizügigkeit bis hin zu Sanktionen bei Integrationsverweigerung. Es soll an dieser Stelle nicht bewertet werden, inwieweit diese angemessen erscheinen. Im Wesentlichen handelt es sich um Wohnsitzauflagen, die Pflicht zum Besuch von Integrationskursen und Einschränkungen beim Familiennachzug sowie beim Niederlassungsrecht. An das Integrationsgesetz schließen sich differenzierte Ansätze der Länder an, die hier nicht im Einzelnen gewürdigt werden können. Besonders aufschlussreich für die Herausforderungen der Integration erscheinen mir nach wie vor die Arbeiten der Schader-Stiftung (2011). Aus ihnen wird deutlich, dass zwischen den strukturellen Rahmenbedingungen und dem individuellen Umgang mit Integration umfangreiche Herausforderungen auf unterschiedlichen sozialräumlichen Maßstabsebenen liegen. Dabei wird erfolgreiche Integration, und das erscheint mir ganz wesentlich, in Abhängigkeit vom Zugang zu Bildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen und Wohnumfeld sowie gesellschaftlicher und politischer Teilhabe konzipiert (Schader-Stiftung 2011:14). Diese lassen sich als Ergebnis politischer Interventionen begreifen und stoßen sowohl bei einer grundsätzlichen Infragestellung des Integrationswillens einer Gesellschaft als auch bei dem der Zuwanderer an Grenzen. Wie wir damit umgehen könnten, möchte ich später noch genauer erläutern. Jedenfalls zeigt das einfache Modell, dass die Integrationsvoraussetzungen keineswegs als konstant zu betrachten sind, sondern über Faktoren wie politische Steuerung und politische Kultur, soziale Netze und soziales Klima sowie über die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen beeinflusst werden können. Einige der dafür verantwortlichen Rahmenbedingungen scheinen ganz klar auf der Hand zu liegen: Je besser jemand die Sprache des Gastlands beherrscht, desto besser die Voraussetzungen für Integration. Je besser jemand in den Arbeitsmarkt integriert ist, desto besser die Möglichkeit, gesellschaftlich akzeptiert zu werden. Lassen Sie mich vor dem Hintergrund der allgemeinen Herausforderungen von Integration aber noch einmal grundsätzlich auf den Begriff und die an Integration herangetragenen

Ansprüche eingehen. Ich würde mir wünschen, dass wir uns hier vor zu hohen Erwartungen befreien, nicht, weil ich denke, dass Integration nicht gelingen könnte. Vielmehr sollten wir nicht glauben, dass durch die segensreichen Wirkungen von Integrationsbemühungen die Zumutungen des Miteinanders unterschiedlicher Kulturen einfach so verschwinden werden – oder dass das vielleicht sogar sehr schnell passiert. Nein, Integration besteht auch in der Akzeptanz mindestens eines gewissen Maßes von Andersartigkeit durch die Aufnahmegesellschaft. Dies geht bis hin zur Anerkennung, dass es mitunter unbequem wird, wenn wir nicht alle ähnlich ticken, wir dafür aber eine ganze Menge von gesellschaftlicher Vielfalt zurückbekommen können. Ein lediglich symbolischer Diskurs über Integration überdeckt dies, und leider führt er auch zur symbolischen Politik, die sich treiben lässt von immer wieder erneuerten Forderungen nach einer Verschärfung der Zuwanderungspolitik, in der Hoffnung, irgendwann löse sich damit das Problem vielleicht in Luft auf. Dies wird nicht geschehen.

Mit der Hoffnung auf das Verschwinden der Zuwandererproblematik wird derzeit politisch an einer Wiedererrichtung der Festung Europa gearbeitet, die einerseits politische Handlungsfähigkeit signalisiert und echte Beiträge zur Problemlösung liefert. Andererseits trägt die ständige Thematisierung symbolischer politischer Handlungen in der Flüchtlingskrise von der immer wieder erneuerten Forderung nach der Einführung einer Obergrenze über die immer wieder folgenlose Beteuerung, mit aller Härte gegen Schlepperbanden vorgehen zu wollen bis hin zur rechtlich fragwürdigen Definition von sicheren Herkunftsländern dazu, Zuwanderer stabil als negatives, abwehrbedürftiges Phänomen zu stigmatisieren und damit im gesellschaftlichen Diskurs die katastrophalen Rahmenbedingungen, denen die Flüchtlinge in ihrer Heimat ausgesetzt sind, aus dem Blick zu verlieren. In diese Richtung lässt sich auch die Tatsache interpretieren, dass die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge 2016 schon im Oktober mit 4.000 über den Wert des gesamten Jahres 2015 gestiegen ist (UNHCR 2016) und sich daraus längst kein so klar vernehmbarer öffentlicher Aufschrei wie noch vor eineinhalb Jahren ableitet.

Die gesellschaftliche Integrationsherausforderung wird jenseits des Umgangs mit den einzelnen Zuwanderern durch die politische Stimmung beeinflusst bleiben. Es ist bitter, dass dahinter die einzelnen Individuen mit ihren je eigenen Bedürfnissen und Nöten häufig zu verschwinden scheinen, ja, dass sie sogar aufgrund ihrer Erkennbarkeit als Zuwanderer leicht zum Gegenstand von Ausgrenzung werden können, selbst wenn sie von ihrer Seite aus Schritte zu einer Integration gehen. Erlebt man ihre teilweise wenig aussichtsreiche Bleibeperspektive und die wenig veränderte Situation etwa in Massenunterkünften ohne Privatsphäre, in denen sie beispielsweise in Berlin bis heute in größeren Zahlen auf ihr Schicksal warten müssen, versteht man, warum Integration aus Sicht der Zugewanderten schwierig sein kann und gar nicht so offensichtliche Anreize dafür bestehen. Überhaupt fragt man sich, wie schnell und wie zwingend welche Integrationschritte gegangen werden müssen, wo doch die von Doug Saunders beschriebene Logik der Ankunftsquartiere ganz andere Mechanismen einer langfristigen Integration in Metropolen beschrieben hat, die ja nicht umsonst immer wieder einmal als „Schmelztiegel“ bezeichnet werden.

Diesbezügliche Erfahrungen mit ganz unterschiedlichen Wegen zur Integration haben wahrscheinlich viele von uns gemacht. Die Kusine meiner Mutter, 1926 als Kind deutsch-österreichischer Auswanderer in São Paulo geboren, wuchs nicht nur deutschsprachig auf, sondern sprach bis zu dessen Tod mit ihrem ebenfalls deutschsprachigen Mann zu Hause Deutsch, und ihre nach dem Zweiten Weltkrieg vor Ort geborene Tochter, meine Großkusine, wuchs selbstverständlich zweisprachig auf. Meine ehemaligen Nachbarn, eine indonesisch-französisch-amerikanische Familie, lebt seit 13 Jahren in Berlin, und auf einer

Feier entschuldigten sich jüngst Freunde, dass sie sie aus Versehen in Deutsch angesprochen haben. Beide von mir erwähnten Familien sind nichtsdestoweniger hervorragend in die jeweilige örtliche Gemeinschaft integriert, was offensichtlich auf ihre berufliche Stellung zurückzuführen ist. Auch die Frage danach, wie weit sich die erste Generation von Zuwanderern der hiesigen Kultur öffnen müsse, kann man unterschiedlich bewerten. Von Zuwanderern dürfen wir eigentlich keine devote Anpassung an sämtliche hiesige Sitten und Gebräuche verlangen, wenn wir uns klar machen, dass auch Deutsche keineswegs immer durch überschäumende nachbarschaftliche Freundlichkeit glänzen. Eine meiner Kolleginnen nennt dies ein wenig provokant das „Recht, ein Arschloch zu sein“, das wir auch Zuwanderern zubilligen müssten, so lange sie sich auf dem Boden des Gesetzes bewegen. Und schließlich kann man natürlich unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie schnell Integration welche kulturellen Identifikationsmerkmale erfassen sollte und wer darüber entscheiden kann, wofür diese eigentlich stehen. Ich plädiere dafür, dass wir hier – Stichwort Kopftuchstreit – bei aller Auseinandersetzung vor allem dort zurückhaltend sind, wo es um Vorschriften und Sanktionierung von vermeintlich abweichendem Verhalten geht. Zur Illustration dieses Gedankens möchte ich auf den kleinen Ort Vejer de la Frontera in Südspanien hinweisen, wo christliche Frauen bis vor wenigen Jahrzehnten mit der so genannten „Cobijada“ eine dem moslemischen Niqab verblüffend ähnelnde regionale Tracht trugen (El Español 2016), was ihnen heute nördlich der Pyrenäen vermutlich untersagt würde. Verboten wurde sie in Spanien übrigens von Franco im Jahr 1939.

Die Verarbeitung von Großereignissen wie der Silvesternacht von Köln macht natürlich auf der anderen Seite deutlich, dass die Zuwanderung jenseits der Integrationsangebote auch klare Spielregeln benötigt. Rückschläge durch negativ zu bewertende Ereignisse werden dabei immer wieder zu verarbeiten sein. Für die Politik gilt es, die Gratwanderung zwischen der Gewährleistung eines angemessenen Schutzes der legitimen Interessen der Aufnahmegesellschaft und der humanitären Aufgabe zu wahren, ohne sich dabei von einseitigen und pauschalen Rollenzuschreibungen für Flüchtlinge leiten zu lassen. Die massiv gestiegenen Ängste insbesondere vor Terrorismus, aber auch vor Zuwanderung, sind hier ein Warnsignal. Wenn man allerdings zur Kenntnis nimmt, dass einer Umfrage zufolge inzwischen offenbar Donald Trump die Flüchtlingsthematik als die größte außenpolitische Herausforderung der Deutschen hinter sich gelassen hat (Körper-Stiftung 2016), könnte man darauf hoffen, dass in den nächsten Jahren die dramatische Betonung der Flüchtlingsthematik in der öffentlichen Debatte einer gewissen gewohnheitsbedingten Gelassenheit weichen wird. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg.

4. Was können wir tun?

4.1 Grundpositionen und die Rolle des Verfassungspatriotismus

Fragen wir uns nun, was wir künftig tun können, um dem Motto dieser Tagung gerecht zu werden. Ich spreche dabei insbesondere die Ebene der Individuen, zivilgesellschaftlichen und unternehmerischen Initiativen sowie der Stadtpolitik an und weniger die Politik insgesamt – wenngleich ich meine Überlegungen aus den öffentlichen Debatten über die aktuelle Politik auf der nationalen Ebene ableite. Ich plädiere an dieser Stelle dafür, jegliche Bezüge auf polarisierende Kategorien wie westliche Werte zu vermeiden. Insbesondere ist auch eine Bezugnahme auf so genannte „christliche“ oder „christlich-jüdische“ Werte schwierig. Erstens haben sich diese über die Zeit stark verändert und sind bis heute ausgesprochen uneinheitlich – man denke nur an das Verhältnis von Mann und Frau. Zweitens signalisieren sie sofort eine Frontstellung zwischen „denen“ und „uns“, die ja von

manchen Beteiligten am öffentlichen Diskurs in Europa durchaus gewollt ist, die sich vor allem vom Islam abgrenzen möchten. Drittens wird sie der Realität in Deutschland nicht gerecht, die bereits heute eher säkular als christlich-jüdisch geprägt ist, so dass ein Verweis auf christliche Werte sogar in Deutschland selbst ausgrenzend verstanden werden kann, selbst wenn sehr viele Menschen selbstverständlich für sich reklamieren können, aus christlichen Motiven zu handeln.

Geeigneter erscheint mir eine verfassungspatriotische Haltung. Sie setzt daran an, dass wir uns – in Kenntnis unserer christlich-abendländischen Tradition einschließlich ihrer vielfachen Häutungen, Reinterpretationen und Rückschläge gerade durch die Schrecken des Nationalsozialismus – auf universelle Werte verständigt haben, die bereits kurz zuvor unter dem frischen Eindruck dieser Schrecken in der UN-Menschenrechtscharta Eingang gefunden hatten. Sie an den Anfang unseres Grundgesetzes zu stellen, bedeutete nicht nur die Berufung auf vorstaatliche Werte bei dem Bau eines neuen Gemeinwesens, sondern stellte überdies eine Grundlage für den Umgang mit Menschen aus allen Weltteilen dar, die uns als Rechtsträger ungeachtet ihrer Herkunft begegnen können. Das Grundgesetz bietet wesentliche Voraussetzungen für die Verständigung auf einen allgemeingültigen Wertekanon jenseits aller Schwierigkeiten, die Debatten um eine vermeintliche Leitkultur oder religiös fundierter Werte aufwerfen. Es ist ja gerade der humanitäre Kern der bedeutenden Weltreligionen wie etwa die christliche Nächstenliebe, der im Grundgesetz eine verfassungsrechtliche Kodifizierung jenseits individuellen Glaubens, Denkens und Handelns gefunden hat. In der Menschenwürde und den Menschenrechten ist das Prinzip des Respekts vor dem Mitmenschen zum rechtlichen Anspruch geronnen, und zwar über die zwischenmenschliche Ebene hinaus in den Bürgerrechten auch als Willkürverbot in der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Individuum. Auf diese Weise entsteht nicht nur ein leistungsfähiger Rahmen, auf den wir uns in Fragen der Zuwanderung berufen können, er hat überdies den Vorteil, dass er durch seine Anschlussfähigkeit an universelle Prinzipien und seine Abstrahierung von religiösen oder kulturellen Spezifika nicht diskussionsbedürftig ist. Es gibt aber noch einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Vorteil einer Berufung auf das Grundgesetz: Es ist bis heute Garant einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik geblieben und hat damit erfolgreich zu einer der längsten Friedensperioden in der Mitte Europas beigetragen. Angesichts der Schwierigkeiten, die andere Rechtsordnungen aufwerfen – etwa die Rechtfertigung extremer Ungleichheit in den Verfassungen vor dem Ersten Weltkrieg oder das Scheitern der Weimarer Reichsverfassung im politischen Alltag – darf uns das deutsche Grundgesetz mit Stolz erfüllen, einem Stolz, der sich überdies jeder Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern, Kulturen und Staaten souverän enthalten kann, die uns in den Irrsinn der europäischen Kriege der letzten Jahrhunderte geführt hat. Dieser Stolz darf aber auch getrost Ausgangspunkt für eine Haltung des Verfassungspatriotismus sein, eine Haltung, die im grundgesetzlich abgesicherten Respekt vor den Vorstellungen Andersdenkender auch für deren Rechte eintritt.

Dem Verfassungspatriotismus liegt zwar eine ausdrücklich friedliebende Haltung zugrunde, aber er ist deshalb kein Ohrensessel-Patriotismus. Es gilt, seine Werte zu vertreten und für sie zu streiten. Dass dies nicht selbstverständlich und nicht einmal einfach ist, machen die aktuellen Debatten um religiöse Symbole und das Verhältnis zwischen Mann und Frau deutlich. Für die Gleichheit von Mann und Frau entschieden einzutreten, ist in diesem Sinne keine Sache der Berufung auf irgendeine Religion, erfordert aber nichtsdestoweniger Hartnäckigkeit. Den Wert der Religionsfreiheit zu verteidigen, ist wiederum keine Frage eines Schutzes des lieb gewordenen und gewohnten christlichen Umfelds. In allererster Linie

geht es hier darum, auch anderen Religionen ihren Anspruch auf Religionsfreiheit abzusichern. Dazu gehört beispielsweise auch die Möglichkeit, dies in angemessenen Räumen zu tun. Mit Stolz erfüllter Verfassungspatriotismus schließt auch ein, mit Minaretten an Moscheen souverän umzugehen. Das Eintreten für Religionsfreiheit erfordert auch einen respektvollen Umgang miteinander in der Diskussion von religiös motivierten Bekleidungs Vorschriften. Das heißt nicht etwa, dass es keine Einschränkungen beim Tragen weiblicher Gesichtsschleier geben darf. Der Anordnung eines Verbots der Vollverschleierung in Schulen oder öffentlichen Einrichtungen sollte aber zumindest eine respektvolle öffentliche Debatte unter Einschluss aller Seiten vorausgehen. Mit dem Gleichheitsgrundsatz ist überdies ein Kopftuchverbot in Schulen nur schwer zu vereinbaren, in denen ein Kreuz hängt.

Es ist offensichtlich, dass der derzeitige aufgeheizte öffentliche Diskurs eine derartige Haltung nicht unbedingt leichter macht. In einer postfaktischen Gesellschaft, in der reihenweise unwahre und mitunter diffamierende Behauptungen in den Raum gestellt werden, sind ein Gegenhalten und eine Versachlichung öffentlicher Debatten allerdings unbedingt erforderlich. In öffentlichen Debatten geht es allerdings auch nicht um eine besondere Schonung von Gegnern der Demokratie oder der Menschenrechte. Sie erfordert auch kein übersteigertes Entgegenkommen gegenüber Menschen – seien sie nun von hier oder zugewandert –, die sich gegen derartige Werte und Rechte stellen. Um weitere Beispiele zu nennen, was eine derartige Haltung gegenüber typischen Fragen bedeutet, die in der Zuwandererfrage immer wieder diskutiert werden: Gewaltkriminalität von Ausländern sollte umfassend und fair in alle Richtungen thematisiert werden, ohne den Anschein einer Vertuschung, aber auch ohne den einer Aufbauschung. Und ein Weihnachtsfest in einem Kindergarten muss gerade nicht aus Rücksicht auf Angehörige anderer Religionen in Winterfest umbenannt werden, denn es bleibt doch ein Weihnachtsfest. Darüber hinaus mag ja der Ramadan weitere interessante Anlässe für gemeinsame Feste im Kindergarten bieten, ohne dass man das Fastenbrechen umbenennen würde.

4.2 Handlungsansätze im städtischen Raum

Wenn wir nun mögliche Handlungsansätze im Umgang mit der Flüchtlingskrise betrachten, gerät quasi zwangsläufig die Soziale Stadterneuerung ins Blickfeld. Bereits seit Ende der 1990er Jahre hat sie dazu beigetragen, einen sozialräumlichen Ansatz in der Bund-Länder-Städtebauförderung zu verankern. Auch wenn das betreffende Programm „Soziale Stadt“ im Detail Kritik verdient, so stellt es doch einen wesentlichen Baustein einer quartiersbezogenen Politik der sozialen Stabilisierung dar, die auch auf bauliche Aufwertung ausgerichtet ist, ohne dabei jedoch auf eine umfassende Sanierung und nachfolgenden Austausch der Bevölkerung abzuzielen. Vielfach unterstützt es mithilfe einer Bündelung unterschiedlichster Förderprogramme soziale Initiativen und versucht, negative Stigmatisierungen zu durchbrechen (vgl. etwa BMUB 2016).

Zentral ist dabei die Vielfalt der Handlungsfelder, die über ein integriertes Handlungskonzept für das jeweilige Quartier verknüpft werden. Zu ihnen zählen neben der Aufwertung der Wohnsituation und des Wohnumfelds beispielsweise auch Umwelt und Verkehr, Zusammenleben und Integration, Schule und Bildung, Stadtteilkultur und Sport, Gesundheitsförderung, lokale Ökonomie, Sicherheit und Image und Öffentlichkeitsarbeit. Sie sollen durch Instrumente wie ein Quartiersmanagement, Verfügungsfonds und Ansätze des Empowerment unterstützt werden. Allein die Thematisierung sozialer Fragen auf unterschiedlichen Ebenen mag schon als wesentliche Innovation gegenüber den älteren Ansätzen einer vorwiegend baulich-investiven Stadterneuerung angesehen werden.

Wesentlich für die Integration von Zuwanderern ist aber vor allem die Unterstützung sozialer Netzwerke, für die Treffpunkte und andere soziale Infrastruktureinrichtungen hergerichtet werden. Mithilfe des beispielsweise in Hessen gleichberechtigt aus Stadtplanern und Sozialarbeitern zusammengesetzten Quartiersmanagements werden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen vor Ort sowohl bei der Entwicklung eigener Kleinprojekte zur Förderung der Gemeinschaft im Quartier unterstützt als auch zur Beteiligung an der Quartiersentwicklung angeregt. Wichtige Erfolge der Sozialen Stadt konnten – neben baulich-investiven Verbesserungen - beispielsweise durch eine Vernetzung unterschiedlichster Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Berufsbildung erreicht werden. Weiterhin ist es vielerorts gelungen, das Zusammenleben unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu verbessern und das häufig negative Image von Quartieren zu verbessern. Auch im Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien und Religionen sind beachtliche Erfolge erzielt worden, wie beispielsweise der Aufschwung der lokalen Ökonomie und der Neubau der DITIB-Merkez-Moschee, Bildungs- und Begegnungsstätte in Duisburg-Marxloh als größter Moschee Deutschlands zeigt. Die Planung dieses Gebäudes wurde von einem umfassenden Dialog zwischen Schlüsselpersonen und Initiativen unterschiedlichster Religionszugehörigkeit und ethnischer wie sozialer Gruppen beteiligt. Allerdings lassen sich hartnäckige Stigmatisierungen sowie eine anhaltende Perspektivlosigkeit sozial Benachteiligter gerade in Ankunftsquartieren offenbar nur schwer aufbrechen. Dabei ist zuletzt deutlich geworden, dass es einer dauerhaften sozialräumlichen Unterstützung dieser Quartiere bedarf, denn bis heute sind sie immer wieder neuerlichen Herausforderungen beispielsweise durch Zuwanderung ausgesetzt. Auch wenn die Soziale Stadt lange nicht das einlöst, was manche sich bei Einführung des Programms von diesem versprochen haben, so kann dieser Ansatz doch als sehr geeignet für die Schaffung von Empowerment- und Netzwerkstrukturen für die Unterstützung von Zuwanderern im Quartier angesehen werden. Die Frage nach der sozialräumlichen Gerechtigkeit im Umgang mit der Flüchtlingsfrage, die in dem von mir als metropolitaner Widerspruch angesprochenen Phänomen einer tendenziellen Überbelastung ohnehin schon mit mannigfaltigen sozialen Problemlagen behafteten Quartieren aufscheint, wird wohl realistisch nur dadurch bearbeitet werden können, dass in erheblichem Umfang Ressourcen für derartige sozialräumliche Unterstützungsansätze zur Verfügung gestellt werden.

4.3 Die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas als gemeinsame Verantwortung

Doch dabei sollten wir nicht stehen bleiben. Zu hoffen ist, dass sich hieraus aber mehr ergibt als lediglich eine Verbesserung der Integrationsangebote in Ankunftsquartieren. Die eigentliche Chance auf langfristige Veränderung unseres gesellschaftlichen Miteinanders im Alltag entsteht aus meiner Sicht erst indirekt. Hier bin ich bei einer wesentlichen gesellschaftlichen Funktion von Programmen wie der Sozialen Stadt, die bisweilen auf den ersten Blick beinahe übersehen wird und die einer grundsätzlichen Haltung im Umgang mit dem scharfen populistischen Wind entspricht, der uns derzeit gesamtgesellschaftlich ins Gesicht zu blasen scheint, der sich aber mit der kleinräumigen Alltagswahrnehmung gar nicht in Einklang zu bringen lassen scheint. Mir geht es dabei um die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, die wir vor allem durch ein hartnäckiges und unbeirrtes Vorleben integrativer Ansätze des Zusammenlebens über ethnische, religiöse und andere soziale Grenzen hinweg praktizieren sollten, weil uns eine Alternative im Umgang mit angstgeprägter und nur wenig auf eigenen Erlebnissen fußender Generalkritik an der Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Gesellschaft kaum zur Verfügung steht. Ich erinnere dabei an den Ausgangspunkt unseres Tuns, der in der tiefen Überzeugung wurzeln sollte,

dass wir mindestens ein Stück weit auf der individuellen wie gesellschaftlichen Ebene Verantwortung für die Folgen von kriegerischen Auseinandersetzungen, internationaler Krisen und der Zerstörung von Lebensräumen in anderen Weltteilen übernehmen sollten. Dieser Verantwortung werden wir mit konventionellen Instrumenten der politischen Meinungsäußerung wie Demos und Initiativen der Aufklärung durch Bildungsmaßnahmen für die Aufnahmegesellschaft zur Förderung der Toleranz oder des Verständnisses für Flüchtlinge und deren Situation wohl kaum gerecht werden – sie erreichen die vehementen Kritiker vermutlich gar nicht und stammen im Kern auch aus einer sehr politisierten Epoche, die längst abgelöst ist durch die fundamentalen Veränderungen in Ökonomie, Politik und Medien. Mir scheint es angesichts des zusehends vergifteten Klimas öffentlicher Debatten wichtig, Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Diskurstheorie ernst zu nehmen und ein eigenes Narrativ eines optimistischen Umgangs mit der Flüchtlingskrise zu entwickeln. Dabei müssen wir beachten, dass eine solche positive Ausdeutung nicht erfolgreich sein wird, wenn hinter ihr nicht Taten und substanzielle Erkenntnisse über die Wirklichkeit stehen. Einen öffentlichen Diskurs kann man nicht allein mit Worten erfolgreich führen, wenn dahinter nichts steckt. Ohne eine sinnfällige und passfähige Deutung werden aber die besten Taten in einem rauen gesellschaftlichen Klima untergehen. Das dahinter liegende Prinzip ist sehr schlicht: „Tue Gutes und rede darüber“. Seine Umsetzung ist allerdings äußerst voraussetzungsvoll.

4.4 Tue Gutes

Wie bereits angedeutet, sehe ich die besten Ansatzpunkte für das Tun neben vielfältigen individuellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der direkten Begegnung mit Flüchtlingen gerade im Rahmen der Sozialen Stadt. Die angesprochenen indirekten Effekte resultieren aus den vielfältigen Gelegenheiten des Miteinanders, die sich im Quartiersbüro, in der auf ihre Internationalität stolze und die kulturellen Hintergründe ihrer Schüler in verschiedenste Unterrichtsformate einbringenden Campusschulen oder Bildungsnetzwerke, im Selbsterntegarten, im interkulturellen Frauencafé, in der Fahrradwerkstatt oder anderen selbstverständlich werdenden begegnungsorientierten Kleinprojekten vor Ort im Rahmen der Sozialen Stadt ergeben. Indem die betroffenen Quartiere überhaupt anders wahrgenommen werden denn als Horte von Kleinkriminalität und Verwahrlosung – die sich interessanterweise auch in den stigmatisiertesten Quartieren häufig lediglich auf einen Straßenzug oder eine kleine Freifläche beziehen -, entstehen Gelegenheiten zum realen kulturellen Miteinander. Dieses kann als tatsächliche Bereicherung erlebt werden wie im einfachen Fall des Kennenlernens fremdländischer Küche oder als überraschende Konzentration von sozialen und kulturellen Angeboten gerade in Quartieren, in denen eine besondere Konzentration und Vielfalt migrantischen Lebens beobachtbar ist wie im Fall des zur Institution gewordenen Festivals „48 h Neukölln“ oder dem von Vereinen mit unterschiedlicher ethnischer Prägung gleichzeitig genutzten „Nordstadtstadion“ in Kassel. Ein derartiger Ansatz scheint geradezu unausweichlich in unserer heutigen Erlebnisgesellschaft, die sich nicht mit einer bürokratischen Institutionalisierung gesellschaftlicher Integrationsherausforderungen begnügt. Aufseiten der Zuwanderer benötigt sie andere Einladungen zur Auseinandersetzung mit europäischen Werten als den sozialdisziplinierenden Oktroi der Integrationskurse, für die Aufnahmegesellschaft dagegen die immer wieder neue Herstellung von Aufmerksamkeit für die positiven wie negativen Zumutungen der zunehmenden Komplexität einer Einwanderungsgesellschaft, allerdings möglichst ohne den pädagogischen Zeigefinger und ohne den ständigen Appell an das schlechte Gewissen eines Volks von Tätern. In der Auseinandersetzung mit ihnen wird die

Zuversicht und die Zwanglosigkeit des Umgangs miteinander wachsen, wo die Angst und die Ablehnung doch dort grassiert, wo echte Begegnung praktisch gar nicht stattfindet.

4.5 Rede darüber

Damit sind wir auch beim zweiten Teil des erwähnten Mottos, dem Reden. Wenn wir nach einer schlüssigen diskursiven Rahmung unseres hartnäckig optimistischen, aber nicht unkritischen Tuns suchen, dürfen wir nicht vergessen, auf welchen Gegenwind wir draußen stoßen. Wir können nicht damit rechnen, die scharfen Gegner bis hin zu denen zu überzeugen, die derzeit das gesellschaftliche Klima vergiften. Vielmehr muss es darum gehen, die Zaudernden zu bestärken, den Zweifelnden Argumente an die Hand zu geben und den Ängstlichen beizustehen - mit Solidarität, gemeinsamer Begeisterungsfähigkeit, Rechtschaffenheit, und ja, in einer emotional aufgeladenen, bisweilen postfaktischen Debatte auch mit nüchternen Fakten, allerdings möglichst ohne Überheblichkeit vorgetragen und eingehend auf die Sorgen und Nöte unserer Mitmenschen bis hin zum Eintreten für eine wehrhafte Demokratie. Wir sollten in diesem Zusammenhang selbstverständlich versuchen, unzutreffende Argumente wie das zu entkräften, die Zuwanderer würden das Armutsrisiko der hiesigen Bevölkerung signifikant erhöhen (vgl. Seils/Höhne 2016). Dennoch dürfen wir in einer derartigen Neiddebatte nicht vergessen, wie stark individuelle Perspektiven den Diskurs bestimmen und wie drastisch bestimmte ursprünglich positiv gemeinte Formeln ausgehöhlt und diskreditiert wurden und damit für den gesellschaftlichen Diskurs verbrannt wurden – vom „Gutmenschentum“ bis hin zur „multikulturellen Gesellschaft“.

Nun kann es auch nicht darum gehen, stets nach neuen Anlässen zu suchen, mit Freunden und Bekannten, die vielleicht schon genervt sind, über die eigene Flüchtlingsarbeit zu sprechen. Man muss auch nicht so weit gehen wie Ali Can (Jacobs 2016) oder Dunya Hayali, die auf ihre je eigene Weise mit großer Zivilcourage den direkten Kontakt zu den Kritikern von Zuwanderung suchen. Wohl können aber die Anlässe für positive Erfahrungen geschaffen werden, und indem ehrenamtliche und positive Flüchtlingsarbeit Selbstverständlichkeit und Teil unseres Lebens ist oder wird, entstehen Anlässe zur Mitteilung positiver Erfahrungen. Individuelle Erfahrungen werden sicher gegen diffuse Ängste kaum etwas ausrichten, sie beeinflussen aber wohl das soziale Klima. Und sie können Anlass für eine weitere Diskussion im Einzelfall sein, die eine Kontextualisierung und Einordnung von negativen Erfahrungen oder Befürchtungen erlauben. Eine Diskussion über religiöse Praktiken erlaubt genauere Einblicke in die vielfältige Natur des Islam jenseits gewaltbereiter Dschihad-Fantasien und pauschaler Zuschreibungen, wofür das getragene Kopftuch im Einzelfall vermeintlich stehe. Sie stellen Vergleichsanlässe zu christlichen Praktiken her und hinterfragen, welche vieldeutigen Symbole bei welchen gesellschaftlichen Anlässen angemessen oder vertretbar sind – in der Schule, am Arbeitsplatz, im Amt, vor Gericht usw.. Sie ist Möglichkeiten zur Bezugnahme auf den Wertekanon unseres Grundgesetzes im Zuge eines praktizierten Verfassungspatriotismus. Sie erlaubt eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem „Anderen“, das in keine vorgefertigte Richtung des „Wir versus die“ abgeleitet muss, aber keineswegs üble Praktiken wie Macho-Gehabe oder Bevormundung durch die Familie entschuldigen. Vielmehr erlauben sie die Anerkennung der Vielheit, die in der steten Auseinandersetzung über gemeinsame Werte hinterfragt und fortgeschrieben wird. Sie zeigt mitunter schmerzlich auf, dass Werte auch in der Mehrheitsgesellschaft keineswegs so weit geteilt werden, wie man sich das vielleicht wünschen würde.

Eine faire Konzeption der Grundrechte setzt aber genau darauf, dem jeweils Anderen wegen seiner abweichenden Auffassungen nicht automatisch seine gesellschaftliche Stellung

streitig zu machen, nur weil er zufällig keine Staatsangehörigkeit besitzt. Omid Nouripour (2016) hat das jüngst als die „Loyalitätsparanoia“ der Konservativen bezeichnet, und Lamya Kaddor (2016) hat aufgezeigt, wie hieraus Hass bis hin zu Morddrohungen entstehen kann. Wenn auch Vielfalt – die die Unterscheidung von Vertrautheit und Fremdheit impliziert – nicht per se als bereichernd empfunden werden muss, so zeigt doch eine differenzierte Auseinandersetzung mit ihr auf, wie vielschichtig die Brüche und Konfliktlinien sind, die sich ganz unabhängig von Ethnie, Staatsangehörigkeit und Religion allein durch individuellen Charakter, Lebensstil, Präferenzen und Einkommen ergeben. Sie zu übertünchen, ob nun mit Inszenierungen eines patriotischen Nationalstolzes, sozialräumlicher Segregation in Gated Communities und Armutsquartiere, Verweisen auf vermeintlich „alternativlose“ politische Strategien oder durch materielle und symbolische Disziplinierungen Andersdenkender, erscheint fast immer unangemessen oder gar verwerflich. Mildere Versionen, die ein „Wir-Gefühl“ über sportliche Ereignisse, Lokalpatriotismus, Heimatverbundenheit oder Vereinszugehörigkeit erzeugen, sollten dagegen als normaler und legitimer Ausdruck von Identitätssuche als sozialem Bedürfnis verstanden werden. Diese Identitätssuche ist im Grundsatz auch dann zu respektieren, wenn sie Abgrenzungsbedürfnisse zu bedienen scheint, weil sie in einer schwer überschaubaren und äußerst heterogenen Gesellschaft Zugehörigkeitsgefühl unter Gleichgesinnten im Alltag vermittelt.

Auch hieraus ergibt sich übrigens ein Anknüpfungspunkt für praktizierte optimistische Flüchtlingsarbeit und das Reden darüber. Schon in meiner eigenen Jugend waren türkische und italienische Jungs Teil unseres Basketball-Teams, und ohne darüber eigentlich nachzudenken, konnten wir ein neues „Wir“ bauen, eines, das quer zu den Linien von Ethnie, Nationalität und Religion lag, eines, das auch keiner abschließenden mittelstädtischen Identität entsprach, obwohl wir bei Auswärtsspielen gemeinsam für unsere Stadt antraten – wir waren schließlich die einzige Basketball-Jugendmannschaft aus unserer Stadt in der Liga. Interessanterweise spielt in der Erwachsenenmannschaft des gleichen Vereins heute ein syrischer Flüchtling Basketball. Die Offenheit, mit der wir gemeinsam an unserer Identität bauen konnten und die sich über die Verbindung im gemeinsam betriebenen Basketballsport einstellte, schuf offenbar die Voraussetzungen für Integration. Ich würde sie in diesem Zusammenhang verstehen als Einbettung der Migranten in ein komplexes Netz von gemeinsamen Teilidentitäten, bei denen es keine klaren, sondern immer nur selektive, anlassbezogene und rollenverknüpfte Zugehörigkeiten gibt, in einer Aufnahmegesellschaft, die ihrerseits mannigfache Unterscheidungen kennt und in der Sport oder Vereinsleben als ein Ansatz einer solchen Einbettung verstanden werden kann. Je dichter dieses Netz wird, ob es nun im Einzelnen verbindet oder auch einmal trennt, desto weniger wiegen scheinbar übergewichtige, zugeschriebene Teilidentitäten wie die ethnischen, nationalen oder auf Religion beruhenden. Vor diesem Hintergrund gilt es, eine Vielfalt von Anlässen für die Arbeit an gemeinsamen Teilidentitäten und damit Angebote zur Identifikation zu schaffen. Dies ist beispielsweise auch die Erfahrung des Friedensprozesses in Nordirland, wo es keineswegs gelungen ist, die Rivalitäten zwischen Protestanten und Katholiken dadurch zu überwinden, dass diese die jeweils gehegten spezifischen religiösen Traditionen wechselseitig zu mögen begonnen hätten. Nein, es ist vielmehr seit langem zum ersten Mal gelungen, durch die Schaffung von unverbrauchten neuen Symbolen und Anlässen an einer gemeinsamen Identität zu bauen – etwa mit einem gemeinsamen Zentrum oder einem Eishockeystadion (Horni 2011).

4.6 Der periphere Raum als unterschätzter Schauplatz alltäglicher Integration

Wenden wir uns nun noch dem Umgang mit dem peripheren Widerspruch zu. Hier stellt der nordhessische Raum, in dem wir uns befinden, ein hervorragendes Beispiel dafür dar, wie erfolgreiche Integration in einem Bereich stattfinden kann, der im Allgemeinen als eher ungeeignet dafür angesehen wird. Dies wurde ausführlich und eindrucksvoll anhand der Bemühungen verschiedener Kreise, Städte und Gemeinden auf der hier im September durchgeführten Tagung zur Integration im ländlichen Raum dargestellt und diskutiert. Für mich selbst ist der Fall der Stadt Melsungen im Schwalm-Eder-Kreis südlich von Kassel besonders aufschlussreich, über den eine meiner Studentinnen ihre Masterarbeit geschrieben hat (Hansjürgens 2016). Dass dort Integration recht gut zu gelingen scheint, hat sicher auch mit der schon länger erfolgreich betriebenen Arbeit des Fördervereins für ein zukunftsfähiges Melsungen, der Stiftung kinder- und familienfreundliches Melsungen und zahlreicher anderer Akteure zu tun. Diese Arbeit ist aus mehreren Gründen so erfolgreich: Sie beruht auf einer Zusammenarbeit von Staat, Zivilgesellschaft und privaten Unternehmen, ist lokal stabil verankert und kann sich auf ein gutes Arbeitsplatzangebot, eine sehr gute verkehrliche Anbindung an Kassel und die dortigen Integrationsangebote stützen. Was mir dabei besonders wichtig erscheint, ist die Rolle, die die Integration in der Stadtentwicklung spielt, indem die Zuwanderer sehr günstig in leerstehenden Gebäuden untergebracht werden können, und die Tatsache, dass sie sich in der Kleinstadt durch die intensiven persönlichen Kontakte wohlfühlen und nicht in ihrer Mehrheit sofort in eine Großstadt abwandern wollen. Es bestehen also durchaus Perspektiven einer erfolgreichen Integration in peripheren Regionen, wenn an mehreren der eingangs geschilderten Zugangsvoraussetzungen insbesondere auch in den Bereichen Arbeit, Freizeit und gesellschaftliche Teilhabe gearbeitet wird.

5. Ausblick

Selbstverständlich sind meine bescheidenen Überlegungen weit entfernt davon, Patentrezepte für die Integration von Flüchtlingen formulieren zu wollen oder zu können. Mir ist es im Wesentlichen darum gegangen zu zeigen, dass es sich lohnt, in hartnäckiger Selbstverständlichkeit mit den je eigenen Möglichkeiten auf individueller oder kollektiver Weise im zivilgesellschaftlichen Raum einen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zu leisten – wir sind viele, ich möchte sogar sagen: weiterhin die Mehrheit, und handeln gemeinsam, auch wenn wir vielleicht gar nicht immer von einander wissen. Bei unserer großen gesellschaftlichen Aufgabe befinden wir uns bereits mittendrin und sollten uns nicht irre machen lassen von denen, die nach wie vor beweinen, dass Angela Merkel vor eineinhalb Jahren eine doch ach so falsche oder naive Entscheidung getroffen habe. Im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung konnte sie im Grundsatz richtiger nicht sein, auch wenn an vielen Stellen der große Plan fehlte, die über längere Zeit währende Grenzöffnung angesichts der ungesicherten Schengen-Außengrenzen sehr problematisch war und die Gesellschaft völlig von der Situation überfordert zu sein schien. Vielleicht hat diese neue Aufgabe einigen von uns sogar gut getan, die in ihrer Wohlstandsblase vergessen hatten, wie dankbar wir für die Stabilität und den Wohlstand sein können, den die meisten von uns genießen dürfen, und wie wenig selbstverständlich diese Situation ist, wie hart sie immer wieder erstritten werden muss. Auch wenn wir noch nicht wissen, ob wir dem weltweiten Trend zu unredlich vereinfachenden Populisten eine wirkungsvolle Erneuerung von faktenbasiert und verantwortungsvoll im Bewusstsein der Bedürfnisse und Nöte von Mehrheiten und Minderheiten agierenden demokratischen Regimen entgegen setzen

können, hat unsere Gesellschaft doch auf vielen Feldern riesige Schritte nach vorn gemacht. Wir haben bereits gezeigt, dass wir in der Lage sind, Fremde mit Anstand aufzunehmen und an ihrer Integration zu arbeiten, wo wir doch noch vor gar nicht all zu langer Zeit jahrzehntelang erst an Diffamierungen und dann immer noch an Rückkehrprogrammen für bereits lange in Deutschland ansässigen Arbeitsmigranten gearbeitet haben. Auch wenn mir die Form der Wiedererrichtung der Festung Europa und die politische Debatte darüber an einigen Stellen fragwürdig erscheint, ist das bereits eine Errungenschaft, die uns mit Stolz erfüllen sollte. Eine riesige Herausforderung bleibt uns allerdings erhalten und würde nicht nur den Rahmen meiner Überlegungen, sondern den der gesamten Tagung sprengen: die zunehmende Frontstellung, die unsere Gesellschaft zur islamischen Welt aufbaut. Für heftigste Ablehnung geben der islamistische Terror und seine tödliche Bedrohung, fundamentalistische Interpretationen des Islams und kulturell weit verbreitete Werte in islamischen Gesellschaften immer wieder reiche Nahrung, die von unseren heutigen Vorstellungen etwa von der Gleichheit der Geschlechter stark abweichen. Mir war es ein Anliegen, sich bei der humanitären Aufgabe, die wir uns vorgenommen haben, hiervon nicht abbringen zu lassen. Angesichts der Tatsache, dass es unsere westliche Gesellschaft war, die noch vor einem Jahrhundert selbst eine extreme Ungleichheit von Mann und Frau gelebt hat und vor einem halben Jahrhundert die Welt, abendländische Werte hin oder her, mit dem barbarischsten Vernichtungsfeldzug aller Zeiten überzogen hat, wäre aus meiner Sicht etwas weniger Selbstgerechtigkeit gegenüber der islamischen Welt geboten, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, wie wenig wir eigentlich wirklich über sie wissen. Ich vermute, dass Sie sich beispielsweise darüber bewusst sind, dass uns nicht zuletzt islamische Gelehrte das Wissen der Antike überliefert haben – einschließlich der Werte der griechischen Demokratie (vgl. etwa Frankopan 2016).

Wenn ich hier in einer evangelischen Akademie zu Ihnen gesprochen habe, möchte ich unter Verweis auf unseren großen Reformator Luther, den wir dieser Tage aufgrund der bevorstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten in vielen Zeitungsartikeln, Büchern und Fernsehdokumentation wieder oder neu kennen lernen, abschließend noch auf zweierlei hinweisen: darauf, wo wir selbst herkommen, und darauf, welches Potential im religiös-kulturellen Dialog schlummert. Die schlimmen antisemitischen Entgleisungen Luthers waren uns immer schon irgendwie bekannt. Derzeit werden sie uns systematisch als ein Teil seiner komplexen Persönlichkeit vorgeführt, erklärt und eingeordnet. Sie gemahnen uns stellvertretend, den langen Weg nicht zu vergessen, den wir in der Auseinandersetzung mit unserem christlichen Erbe gegangen sind, und der gepflastert war mit unendlichen Grausamkeiten gegen Andersdenkende und Angehörige der eigenen christlichen Religion. Sie zeigen aber auch, dass eine neue und letztlich menschenfreundlichere Interpretation einer Religion möglich ist. Irgendwann hat es das Abendland ja dann doch auch geschafft, die Inquisition hinter sich zu lassen, wenn es auch unerträglich lange gedauert hat und so viele Opfer gekostet hat.

Lassen Sie uns in diesem Sinne teilhaben an einem Dialog zwischen dem Islam, dem Christentum und den universellen Menschenrechten, der hoffentlich zu anderen Auslegungen des Islams führt. Dieser Dialog wird zu einem guten Teil hier in Europa und in Deutschland stattfinden. Er muss ausgehen vom Respekt für einander, und dies setzt eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem jeweils Anderen voraus, als dies bisher geschieht. Insofern möchte ich Sie zu Auseinandersetzung und Dialog ermuntern. Sie werden belohnt werden – mit einer großen Entdeckungsreise in das vielschichtige kulturelle Universum des Morgenlandes. Und wir alle werden hoffentlich eines Tages belohnt werden – mit einem menschenfreundlicheren Miteinander schier unerschöpflicher Kulturen.

Literatur

- [BMUB] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): www.staedtebaufoerderung.info > Programm > Soziale Stadt. Webseite zum Bundesländer-Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“. Mit vielfältigen Detailinformationen. Letzter Zugriff: 29. Dezember 2016
- Bittner, Jochen (2016): Flüchtlinge auf die Dörfer! In: ZEIT Online vom 4. Februar 2016
- Brake, Klaus / Herfert, Günter (2012): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs. Wiesbaden
- El Español (2016): ¿Llevan burka las mujeres de Vejer de la Frontera? Según Al Jazeera, sí. Download von: www.elespanol.com/reportajes/grandes-historias/20161028/166484185_0.html, letzter Zugriff 13. November 2016
- Frankopan, Peter (2016): Licht aus dem Osten. Eine neue Geschichte der Welt. Berlin
- Hansjürgens, Elena (2016): Welchen Beitrag können Kleinstädte in ländlichen Regionen zur langfristigen Integration von Zuwanderern leisten? Eine Fallstudie zu Akteursnetzwerken und Finanzierungsstrukturen in der Integrationsarbeit am Beispiel der Stadt Melsungen. Unveröffentlichte Masterarbeit am Fachbereich 6 der Universität Kassel, Sommersemester 2016
- Horni, Henriette (2011): Normalität als Ereignis? Innenstadtrevitalisierung und Festivalisierung als Instrumente zur Schaffung neutraler Räume in Belfast. In: Uwe Altrock (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2011. Schwerpunkt „Stadterneuerung und Festivalisierung“. Berlin, S. 199–212.
- Jacobs, Luisa (2016): Integration: Ali und die AfD. In: ZEIT Campus vom 23. September 2016
- Kaddor, Lamya (2016): Islam: Der Hass der Deutschomanen. In: ZEIT Online vom 30. September 2016
- Körber-Stiftung (Hrsg.) (2016): Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik. Aktualisierung 2016. Broschüre, Download von www.koerber-stiftung.de/umfrage-aussenpolitik, letzter Zugriff 9. Dezember 2016
- Nouripour, Omid (2016): Doppelpass: Wir brauchen einen modernen Patriotismus. In: ZEIT Online vom 22. September 2016
- Novak, Theresa (2015): Flüchtlingskrise: Die Chance für alte Häuser. In: HNA vom 29.10.2015
- Pletter, Roman (2016): Die unsichtbare Wand. In: DIE ZEIT Nr. 40/2016, 22. September 2016
- Saunders, Doug (2011): Arrival City: How the Largest Migration in History is Reshaping Our World. New York
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt
- Seils, Eric / Höhne, Jutta (2016): Wie wirkt sich die Einwanderung auf die Armut aus? Special Feature im WSI Verteilungsmonitor des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts. Download von www.boeckler.de/wsi_67254.htm, letzter Zugriff 29. Dezember 2016
- UNHCR (2016): 2016 ist tödlichstes Jahr im Mittelmeer. Presseerklärung vom 27. Oktober 2016